

## **Internationaler Währungsfonds (IWF)**

### **Begriffsbestimmung**

Der Internationale Währungsfonds (englisch: International Monetary Fund, IMF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Er ist eine Schwesterorganisation der Weltbank-Gruppe und hat seinen Sitz in Washington D.C., USA., IMF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Er ist eine Schwesterorganisation der Weltbank-Gruppe und hat seinen Sitz in Washington D.C., USA.

### **Hintergrund**

Der IMF hat derzeit 185 Mitgliedsländer, deren Stimmrecht sich nach ihrem Kapitalanteil richtet. Die Stimmanteile der wichtigsten Mitgliedsstaaten: USA 16,7 Prozent, Japan 6,24 Prozent, Deutschland 5,81 Prozent, Frankreich 4,29 Prozent, Vereinigtes Königreich 4,29 Prozent. Die 27 EU-Mitglieder verfügen insgesamt über 30,96 Prozent der Stimmen; die 17 Euro-Staaten über 22,43 Prozent. Einige Beschlüsse im IWF müssen mit einer Mehrheit von 85 Prozent getroffen werden. Die USA verfügen damit offiziell über eine Sperrminorität.

### **Geschichtliche Entwicklung**

Der IWF wurde am 22. Juli 1944 durch eine internationale Übereinkunft gegründet und nahm im Mai 1946 seine Arbeit auf. Sie erfolgte aufgrund der Beschlüsse der Konferenz in Bretton Woods, einer Kleinstadt im US-Bundesstaat New Hampshire. Diese für den Wiederaufbau des Weltwirtschaftssystems entscheidenden Verhandlungen dauerten vom 1. bis zum 22. Juli 1944.

### **Aufgaben und Ziele**

Der IWF vergibt unter bestimmten Auflagen befristete Kredite an Mitgliedstaaten, die unter Zahlungsbilanzproblemen leiden. Bedingungen für die Gewährung von Krediten sind zum Beispiel: Kürzung der Staatsausgaben, niedrige Inflation, Steigerung des Exports, sowie die Liberalisierung des Bankenwesens. Die den Staaten auferlegten Bedingungen in Form von Strukturanpassungsprogrammen können zum Beispiel Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen wie Sparkassen, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Telekommunikation usw. sowie Entlassung von bestimmten Gruppen von Mitarbeitern vorsehen. Darüber hinaus unterstützt der IWF Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Südamerika bei der Erarbeitung von Wachstums- und Wohlstandkonzepten und fördert diese durch direkte Geldhilfen der gebenden Mitgliedsländer. Ebenso wie die Kreditvergabe ist auch die Entwicklungszusammenarbeit oft an Bedingungen der Good Governance (Korruptionsabbau, Demokratie, ...) und der Liberalisierung gekoppelt.

Zu den Zielen gehören unter anderem:

- Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik
- Stabilisierung von internationalen Finanzmärkten
- Förderung nachhaltiger Entwicklungshilfeprojekte
- Ausweitung des Welthandels
- Vergabe kurzfristiger Kredite zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten

Kernaufgabe des IWF ist es, die makroökonomische Stabilität in seinen 185 Mitgliedstaaten und in der Weltwirtschaft insgesamt zu fördern. Er untersucht unter diesem Blickwinkel regelmäßig die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten und zeigt dabei gegebenenfalls Risiken auf. Bei Zahlungsbilanzkrisen kann der IWF finanzielle Hilfe in Form von Krediten leisten. Er vereinbart dabei mit dem betreffenden Mitgliedstaat zugleich wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen, die eine dauerhafte Rückkehr zu einer stabilen Lage unterstützen sollen.

Entscheidungen des IWF werden vom IWF-Stab unter Leitung des Geschäftsführenden Direktors (derzeit Dominique Strauss-Kahn, Frankreich) vorbereitet und vom Exekutivdirektorium gebilligt. Deutschland ist einer der wichtigsten Anteilseigner des IWF und wirkt über einen deutschen Exekutivdirektor an den Entscheidungen dieses Gremiums mit. Grundsatzentscheidungen werden vom Gouverneursrat des IWF und vom International Monetary and Financial Committee getroffen, die bei den Herbst- und Frühjahrstagungen von IWF und Weltbank zusammenkommen.

Innerhalb der Bundesregierung ist das Bundesministerium der Finanzen für den IWF federführend. Die deutschen Botschaften verfolgen die Vereinbarung und Umsetzung von IWF-Programmen vor Ort.

**5 Der Chef des Internationalen Währungsfonds Strauss-Kahn zettelt eine Revolution mit ungewissen Folgen an: Wer Kredite will, muss Hilfe für sozial Schwache aufstocken.**

10 **Washington.** In der Krise ist nicht einmal mehr auf die liebsten Feinde Verlass. Das denken aktuell wohl viele über den Internationalen Währungsfonds (IWF). Keine andere globale Institution wurde in den letzten zehn Jahren von Globalisierungsgegnern, Kapitalismuskritikern und Neokeynesianern so leidenschaftlich kritisiert, verflucht und gehasst. Ob Russland-, Asien- oder Argentinienkrise: Die Kredite, mit denen die UNO-Sonderorganisation in Finanznot geratenen Ländern aus der Patsche helfen sollte, gab es immer erst dann, wenn sich die Pleitekandidaten zu einer rigorosen Spar- und Geldpolitik verpflichtet hatten. Ausgaben kürzen, Zinsen erhöhen, kurz: den Gürtel enger schnallen. Das aber, so der Vorwurf, habe Rezessionen nur vertieft und die Ärmsten in diesen armen Länder erst recht ins Elend gestürzt. So gerieten IWF-Reformprogramme an breiter Front in den Ruf, ein Teufelszeug zu sein.

**Weg mit Bad-Guy-Image**

20 Und jetzt das: Im November hat der IWF 30 Mrd. Euro an Finanzhilfen aufgestellt, mehr als in den letzten fünf Jahren zusammen. Die Empfänger erhalten das Geld nur, wenn sie Sozialausgaben für die ärmsten Schichten erhöhen. So muss Pakistan seine Armenhilfe von 0,3 auf 0,9 Prozent seines BIP aufstocken, die Ukraine soll etwas gegen Arbeitslosigkeit tun, und Ungarn darf seine Zahlungen an arme Pensionisten nicht kürzen. „Das ist ein völliger Paradigmenwechsel“, staunt Kurt Bayer. Er vertrat Österreich früher in der Weltbank, tut es heute in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und ist ein intimer Kenner der internationalen Geldverteiler.

25 Tatsächlich hat es eine vergleichbare Forderung seit 1944, als der IWF von den Bretton-Woods-Reformern zusammen mit der Weltbank gegründet wurde, nie gegeben. Dahinter steht Dominique Strauss-Kahn, Franzose, Sozialdemokrat und seit gut einem Jahr IWF-Direktor. Er setzte rasch Akzente. Nach jahrelangem Streit sorgte er für eine – zumindest leichte – Verschiebung der Stimmengewichte zugunsten der großen Schwellenländer. Die Finanzkrise will er nutzen, um den IWF strategisch neu zu positionieren – als globale Rettungs- und Kontrollinstanz. Der neue Forderungskatalog für Kredite soll dem IWF helfen, sein Image als „bad guy“ loszuwerden.

30 Die internen Reformen waren überfällig, meint Bayer. Denn in den letzten Jahren wollte kein Schwellenland mehr IWF-Kredite. Die Rohstoffexporte füllten dank hoher Preise die Staatskassen, und wer dennoch Geld brauchte, holte es sich zu niedrigen Zinsen vom boomenden Finanzmarkt. Für Bayer war auch das schlechte Image Schuld am Desinteresse: „Hätte sich jemand vom IWF Kredite geholt, hätte er soziale Proteste provoziert.“ Der Nachfragemangel führte zu einer Existenzbedrohung für den Fonds, der Gehälter aus den Zinsen auf seine Kredite bezahlt. Vor einem Jahr verloren 20 Prozent der 2900 Mitarbeiter in Washington ihren Job. Nun, in der Krise und unter geändertem Kurs, werden wieder Leute gebraucht.

35 Freilich sollte der neue Fokus auf Soziales nicht überschätzt werden. So wird Ungarn auch aufgefordert, sein Budgetdefizit zu reduzieren. Aus der Sicht Bayers ist der Mix der richtige Weg: „Viele traditionelle IWF-Instrumente sind richtig, die Verschuldung muss ja gestoppt werden. Nur hatte man bei der Anwendung das Augenmaß verloren.“

40 Mit einer disziplinierten Geldpolitik sollten Abwertungs-Inflationsspiralen verhindert und Wechselkurse stabilisiert werden. Doch die Krise wird prolongiert, wenn die ausländischen Investoren wegen anhaltender Flaute kein neues Vertrauen fassen und die Lücke nicht füllen, die staatliche Nachfrageausfälle aufreißen. Schon 2003 hat der IWF in einer Studie Selbstkritik geübt: Seine Ökonomen hätten die beiden Aspekte, Vertrauen der Investoren und interne Nachfrage, oft nicht ernsthaft abgewogen.

50 **Angst vor anderem Extrem**

Doch manche Beobachter befürchten, dass unter Strauss-Kahn das Pendel zu weit in die andere Richtung ausschlägt. Sie fürchten sich vor einer Neuauflage von Rezepten, die er als französischer Finanzminister für die EU ausgeheckt hatte – mit seinem damaligen deutschen Kollegen Oskar Lafontaine. Dessen Position in Wirtschaftsfragen ist von denen der liberalen IWF-Ökonomen in etwa gleich weit entfernt wie die Erde vom Mars. Freilich sollte gerade diese Heerschar an Experten – unterstützt von den USA, ohne deren Sanktus im IWF wenig passiert – dafür sorgen, dass der Kahn nicht allzu weit vom Kurs abweicht.

Attac: IWF verabreicht weiterhin neoliberale  
"Giftmedizin"

Geschrieben von: Redaktion

Mittwoch, den 17. Dezember 2008 um 13:36 Uhr



Frankfurt (epo.de). - Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgeworfen, er habe "kaum aus den verheerenden Folgen der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme gelernt und verabreiche "die gleiche Giftmedizin, die schon vielen Ländern geschadet und die Finanzkrise mit heraufbeschworen hat". Die deutsche Bundesregierung schlage lediglich kosmetische Änderungen in der globalen Finanzarchitektur vor.

Anlass für die Attac-Kritik war eine öffentliche Anhörung im Finanzausschuss des Bundestages zur Rolle des IWF, bei der am Mittwoch auch ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung vorgestellt wurde. "Statt sich endlich für eine Abkehr des IWF von seinem neoliberalen Leitbild einzusetzen, schlägt die Bundesregierung kosmetische Änderungen der Quoten vor", stellte Kerstin Sack vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis fest.

Der IWF habe ebenso wenig dazu gelernt. "Die in den vergangenen Wochen verteilten IWF-Kredite an Ungarn, die Ukraine und Pakistan verabreichen die gleiche Giftmedizin, die schon vielen Ländern geschadet und die Finanzkrise mit heraufbeschworen hat", sagte Sack. Den IWF als Manager der Finanzkrise zu stärken, mache "den Brandstifter zum Feuerwehrmann".

Die jüngsten Kreditvergaben des IWF an Ungarn, die Ukraine und Pakistan seien an klassische Auflagen gebunden, so Attac. "Alle drei Länder mussten sich verpflichten, ihre Haushalte zu konsolidieren. Zudem hat die pakistanische Regierung zugesagt, Energiezuschüsse auslaufen zu lassen, die Steuern anzuheben und weitere 'Reformen' durchzusetzen, um Geld zu sparen. Die Ukraine muss Sozialleistungen einfrieren, die Energiepreise in Richtung Weltmarktniveau erhöhen und den Wechselkurs freigeben. Ungarn kürzt unter anderem die Beamtengehälter. Vorrang vor staatlichen Investitionen muss für alle drei Länder die Rückzahlung der durch die Finanzkrise gestiegenen Auslandsschulden haben. Schließlich drängte der IWF die Zentralbanken der drei Staaten zu drastischen Erhöhungen der Leitzinsen - in Ungarn auf ganze 11,5 Prozent."

"Offenbar dürfen nur reiche Industrieländer der Krise mit höherer Verschuldung und staatlichen Investitionen begegnen. Während die Europäische Union den Stabilitätspakt aussetzt, werden die ärmeren Länder erpresst, neoliberale Instrumente einzusetzen", kritisierte Kerstin Sack.

Welchen Preis Länder bezahlen müssen, die nicht den neoliberalen Vorgaben des IWF folgen, zeige das Beispiel Argentinien, dessen Regierung der IWF Hilfe verwehrt hat.

Attac forderte die Bundesregierung auf, sich endlich dafür einzusetzen, dass unter dem Dach der Vereinten Nationen eine demokratische Organisation entsteht, die allen Ländern dieselben Stimmrechte einräumt und die Lehren aus den katastrophalen Auswirkungen der Anpassungspolitik des IWF zieht. Kerstin Sack: "Ansonsten bleibt zu hoffen, dass immer mehr Länder zur Selbsthilfe greifen, um ihre Probleme zu lösen und den IWF zu einem Fall für die Geschichte machen."

## Griechenland, das Diktat von IWF und EU und die deutsche Verantwortung

*Positionspapier des Wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland*

### Zusammenfassung

#### II

#### Die Erpressung durch IWF und EU vertieft die griechische Krise

Der IWF und die EU haben für Griechenland ein Diktat beschlossen. Damit wird in Griechenland ein demokratischer Prozess als Reaktion auf die Krise unterbunden. Griechenland soll in einen halbkolonialen Status versetzt werden. Der IWF war in den 1990er Jahren nach seinen auch ökonomisch desaströsen Kriseneinsätzen in der so genannten Dritten Welt und in den "Tigerstaaten" politisch weitgehend desavouiert. Nun erlebt er ein Revival ausgerechnet in Europa: 2008/2009 bereits in Ungarn und Lettland und nun in Griechenland. Dabei sind die "Rezepte", die hier zur Anwendung kommen, genauso zerstörerisch, wie dies in den 1980er und 1990er Jahren der Fall war.

Die für Griechenland beschlossenen Maßnahmen werden als Beiträge im Kampf gegen die Krise "verkauft". In Wirklichkeit wird damit die Krise in Griechenland - und mittelfristig auch diejenige in der Eurozone - vertieft. Längere Lebensarbeitszeiten und ein Abbau der Beschäftigten im öffentlichen Sektor führen zu deutlich höherer Massenerwerbslosigkeit. Die massiven Kürzungen bei den Einkommen im öffentlichen Sektor, in der privaten Wirtschaft und bei den Altersbezügen führen zusammen mit der Anhebung der Mehrwertsteuer im Jahr 2010 um vier Prozentpunkte zu einem Rückgang der Binnennachfrage von rund 20 Prozent. Die Erhöhungen der Verbrauchersteuern müssen weitere Einbrüche im wichtigen Tourismusgeschäft zu Folge haben. Das Resultat des IWF-Euroland-Diktats wird eine verlängerte Krise sein. In der vorgegebenen perversen IWF-EU-Logik zwingt dies zu neuen "Sparprogrammen" und setzt eine teuflische Spirale nach unten in Gang.

Als Ergebnis des IWF-EU-Diktats müssen die Kosten der Krise von der einfachen Bevölkerung bezahlt werden. Eine Lehrerin, ein Müllautofahrer, der Betreiber einer kleinen Touristen-Pension und der durchschnittliche Rentner tragen keinerlei Verantwortung für die Krise. Ihre Einkommen liegen deutlich unter 800 Euro im Monat. Bei dieser Bevölkerungsgruppe ist auch die Steuermoral die höchste.

Es sind die Superreichen sowohl weltweit als auch in Griechenland und die großen, weltweit operierenden Banken, für die das Hilfsprogramm maßgeschneidert wurde. Sie haben überproportional an den griechischen Schulden verdient. Sie sollen trotz der Krise ungeschoren davonkommen - die "Risikoprämien" bezahlen die einfachen Menschen vor Ort in Griechenland und die Steuerzahlenden der EU.

Auffallend an dem Sparprogramm, das IWF und EU Griechenland verordnet haben, ist die weitgehende Ausklammerung des Rüstungsetats. Der Rüstungshaushalt Griechenlands (als Anteil am gesamten Haushalt) liegt zweieinhalb Mal höher als der deutsche und gut doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Seit den 1980er Jahren unterstützen insbesondere französische und deutsche Rüstungskonzerne und die Regierungen in Paris und Bonn respektive Berlin eine systematische Aufrüstung der Türkei und Griechenlands. Auch im Krisenjahr 2010 soll Griechenland knapp drei Milliarden Euro für neue Rüstungsimporte ausgeben. Das entspricht rund der Hälfte der Summe, die 2010 im Rahmen des Sparprogramms von den einfachen Leuten in Griechenland zu bezahlen sind.

## Die Institutionen der Weltwirtschaft - ersetzen oder beibehalten? Ersetzen!

5 Den Internationalen Währungsfonds (IWF) möchte Walden Bello am liebsten abschaffen. Die Welthandelsorganisation (WTO) ebenso. Weg damit! Diese Kerninstanzen der Globalisierung vertreten nur die Interessen der reichen Staaten und seien gemeinsam mit der Weltbank dafür verantwortlich, dass sich Armut und Ungleichheit in vielen Dritte-Welt-Staaten verschlimmert hätten. Abschaffen, ist das nicht politisch naiv? "Zumindest darf die WTO ihre Macht nicht auch noch ausweiten, wie sich das bei ihrem letzten Gipfeltreffen in Doha vorgenommen hat."

10 Der Amerikaner Bello ist Soziologieprofessor in Manila und leitet die Nichtregierungsorganisationen (NGO) Focus in the Global South in Bangkok. Er ist eine renommierte Stimme des Südens und extra nach Brüssel gekommen, in einen kargen Konferenzkeller, wo die Panchos und Saris weit gereister Teilnehmer umso bunter wirken. Hier findet ein letztes Vorbereitungstreffen für das Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre statt. Dort wollen sich 15 50.000 Gewerkschafter, Umweltschützer und Menschenrechtler treffen und dem Weltwirtschaftsforum zum zweiten Mal Konkurrenz machen. Auf dem Programm: eine sozial und ökologisch verträgliche Globalisierung und ein neues, demokratisches System internationaler Institutionen. Walden Bello gehört zu den Koordinatoren von Porto Alegre. Ist er ein Antiglobalisierer? Bello zögert: "selbstverständlich will ich eine vernünftige Zusammenarbeit der Volkswirtschaften. Aber fatal für die Staaten der Dritten Welt ist jene möglichst rasche, schrankenlose Integration in den Weltmarkt, wie sie im Moment unter dem Namen Globalisierung verbucht wird."

25 Wider den ökonomischen Zeitgeist will Walden Bello, der sich lange mit den Ursachen des Weltklimas beschäftigt hat, Freiräume für Protektionismus erhalten. Schließlich bedeute dieses Unwort des freien Welthandels nichts anderes als Schutz: "die Dritte-Welt-Staaten müssen die Chance haben, die Handelspolitik ihrer Entwicklungsstrategie unterzuordnen. Sie müssen die Freiheit behalten, Zölle zu erheben, ihre Wirtschaft vor den Schwankungen der Weltwirtschaft und vor sprunghaften Kapitaltransfers abzuschotten." Das alles verbiete die 30 Politik von WTO, IWF und Weltbank: "sie stülpt jedem Staat der Welt das gleiche Regelsystem für Politik und Wirtschaft über. Aber die gleiche Kleidergröße passt nicht jedem." Wenigstens, findet Bello, sollte man der WTO die Kompetenz für Landwirtschaft entziehen: "Agrarkultur muss regional angepasst bleiben, sie darf nicht global uniformiert werden."

35 Aber fordern nicht die Globalisierungskritiker weltweit gültige Mindestanforderungen für Umweltgesetze und Arbeitsbedingungen? "Nicht die in den NGOs in der Dritten Welt", wehrt Bello ab. "Denn so schön das alles klingt: solche Standards können die Länder des Nordens auch missbrauchen, um ihre Märkte gegen Produkte aus armen Ländern abzuschotten." Gewiss müssen diese Rechte auch in Entwicklungsländern durchgesetzt werden. "Aber warum ausgerechnet über die WTO? Den Arbeitern im Süden ist am besten geholfen, wenn der 40 Norden seine Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern öffnet." Bello gibt zu, dass sich Globalisierungskritiker in Nord und Süd in dieser Frage widersprechen. "Im Augenblick konzentrieren wir uns auf das, was uns eint."

45 Ob dazu auch die Vorstellungen über die Reform der globalen Institutionen gehören, das wird sich im Diskussionsgetümmel in Brasilien zeigen. Walden Bello jedenfalls will in Porto Alegre vorschlagen, den IWF durch eine neue, dezentral aufgebaute Weltfinanzinstitution zu ersetzen - innerhalb des UN-Systems: "dort gilt das demokratische Prinzip ein Land ‚eine Stimme‘, während die Macht bei IWF und Weltbank proportional zu den Kapitalbeiträgen verteilt ist."

50 (Christiane Grefe, in: DIE ZEIT Nr.82002, S. 7)

## **Beibehalten - schon wegen geschichtlicher Erfahrungen!**

- 55 Was wäre eigentlich, wenn die Globalisierungskritiker alle ihre Ziele erreichten? Wenn "Sand ins Getriebe" der Finanzmärkte gestreut würde? Wenn die Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) scheiterte, die in Katar am persischen Golf beschlossen wurde? Wenn es neue Grenzen für den Freihandel gäbe und die Industrienationen versuchen, die Probleme ihrer Sozialsysteme durch Protektionismus zu lösen? Diese Fragen sind durchaus relevant. Für den Zusammenbruch einer Globalisierungswelle gibt es historische Vorbilder.
- 60 Der Prozess, der heute Globalisierung genannt wird, also die immer tiefere Arbeitsteilung in der Welt, ist Jahrtausende alt. Er verlief aber nicht gleichmäßig, sondern in Wellen. Für die Gegenwart besonders lehrreich ist die Krise der Globalisierung in der ersten Hälfte des Jahrhunderts und ihre Vorgeschichte. Vieles, was heute geschieht, findet dort Parallelen, bis hin zu Ängsten in der Bevölkerung. [...]
- 65 Die ganze Welt wurde ein Markt, besonders als sich in der zweiten Jahrhunderthälfte der Standard durchsetzte: alle wichtigen Industrieländer dieser Zeit und deren Kolonien banden ihre Währungen an den Wert des Goldes. Dadurch konnten sie leicht getauscht werden, die Wechselkurse waren praktisch festgezurr. Seit dem Jahr 1873, als im gerade gegründeten Deutschen Reich die einheitliche Goldmark eingeführt wurde, herrschte fast so etwas wie eine weltweite Währungsunion. Das gab den Kaufleuten Sicherheit und förderte den Welthandel. So wie heute Flugzeuge und das Internet sorgten damals Eisenbahnen, Dampfschiffer, Telefon und Telegraf dafür, dass die Welt immer kleiner wurde. [...]
- 70 Es gab auch damals schon Globalisierungskritiker und -gegner. Einmal die Sozialisten: Sie bekämpften aber weniger die Globalisierung als solche, sondern deren kapitalistische Ausprägung, schließlich kam sie selbst internationalistisch. "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!", hieß es im Kommunistischen Manifest. Doch die eigentliche Globalisierungskritik kam von rechts. Der Historiker Harald James schrieb, man könne die Gründung des Deutschen Reiches 1871 als "Schutzreaktion deuten, die die Auswirkungen dieser Globalisierung abfedern sollte". Dabei brachte das Deutsche Reich zunächst einmal einen enormen Aufschwung von Handel und Industrie, die "Gründerzeit". Aber bald meldeten sich die Verlierer der Globalisierung zu Wort, in erster Linie die altpreußischen Großgrundbesitzer, die es mit der Konkurrenz russischen und südamerikanischen Getreides zu tun bekamen. Um 1890 gegen das Deutsche Reich zur Schutzzollpolitik über. Die Abkehr vom Freihandelsgedanken wurde markiert durch den Rücktritt von Ludwig Bamberger, einem liberalen Ökonomen, der wesentlich am Aufbau einer einheitlichen Währung in Deutschland mitgewirkt hatte. [...]
- 75 Der Erste Weltkrieg ruinierte den Standard und ließ den Welthandel zusammenbrechen. Die Sowjetunion löste sich aus der internationalen Arbeitsmarktteilung fast völlig heraus. Der Versailler Vertrag beraubte das geschlagene Deutsche Reich fast aller Chancen des Wiederaufstiegs. In seiner berühmten Analyse der wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages von 1919 schildert der Ökonom John Maynard Keynes die globalisierte Wirtschaft vor dem Jahr 1914 als eine verlorene goldene Zeit.
- 80 Endgültig brach die Globalisierung in der Weltwirtschaftskrise zusammen. Am 29. Oktober 1929 stürzten die Kurse an der Wall Street ab. Dies alleine hätte aber noch keine globale Krise auslösen müssen. Doch Politiker und Notenbanker machten danach alle denkbaren Fehler: Sie verknappten das Geld und die Staatsausgaben, sie erhöhten Zollschränken und trieben ihre Währungen in einen Abwertungswettlauf; Handelsvolumen und Wirtschaftsleistung gingen dadurch immer weiter zurück. Am schlimmsten war die Lage in Deutschland, das wegen seiner Reparationsverpflichtungen den Kurs der Mark gegenüber dem Dollar stabil halten musste. Am 13. Juli 1931 brach die Darmstädter- und Nationalbank zusammen,
- 85 anderthalb Jahre später war Adolf Hitler Reichskanzler. Die Nazis trieben die Kombination von ökonomischer Protektion und militärischer Expansion auf die Spitze. Das führte zum Beispiel dazu, dass die Deutschen gar nicht merkten, dass der Wert ihres Geldes schon vor dem Zweiten Weltkrieg ausgehöhlt war.
- 90 Nach der Katastrophe versuchten die Siegermächte auch ökonomische Konsequenzen zu ziehen. Nie wieder sollte die Welt in kollektive ökonomische Unvernunft verfallen wie noch 1929, nie wieder sollten sich Länder zu ruinösen Abwertungswettläufen gezwungen fühlen, um ihre Wirtschaft zu schützen. Deshalb erfanden Keynes und der Staatssekretär im amerikanischen Finanzministerium, Harry D. White, eine Art Versicherung gegen Zahlungsbilanz-
- 95
- 100
- 105

110 krisen, den Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Alliierten gründeten ihn bereits im Sommer 1944 in Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire. Gleichzeitig riefen sie eine Institution ins Leben, die Kapitalmangel beim Wiederaufbau verhindern sollte, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, kurz: Weltbank.

115 Schließlich verabredeten die Siegermächte 1948 eine Reihe von Regeln, die künftige Kriege verhindern sollten: alle Länder müssen ihre Handelspartner gleich behandeln ("Meistbegünstigungsprinzip"), ausländische Waren sollen, wenn sie einmal im Land sind, inländischen gleichgestellt werden ("Inländerbehandlung"). Die Regeln wurden im allgemeinen Zoll und Handelsabkommen (GATT) mit einem Sekretariat in Genf festgeschrieben. Das GATT organisierte seither mehrere Liberalisierungsrunden, die schließlich 1993 in der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) mündeten. Auch dank dieser Institutionen wurde die Reglo-

120 balisierung der Welt nach 1945 ein überwältigender Erfolg: die industrialisierten Länder erlebten einen Anstieg des Wohlstands, wie es ihnen nie zuvor in der Geschichte gegeben hat. Doch nun, da sich das Tempo der Globalisierung vor allem dank des technischen Fortschritts beschleunigt hat, wird die Globalisierungskritik wieder lauter. Das ist zunächst verständlich, angesichts der Umbrüche, die der ökonomische Wandel auslöst. Beunruhigend ist, dass sich der Protest vor allem gegen die Institutionen richtet, die den Prozess der Globalisierung ord-

125 nen und ruinöse Entwicklungen verhindern sollen: die WTO, IWF und Weltbank, dem Gipfeltreffen der EU, selbst das private und informelle Weltwirtschaftsforum in Davos. Insofern beruht der Widerstand bei vielen der protestierenden auf einem Missverständnis. Vielleicht kann der Blick auf die Geschichte dazu beitragen, einige dieser Missverständnisse auszu-

130 räumen.

(Nikolaus Pipier, in: Süddeutsche Zeitung kleines Frau. 21.11.2002, S. 3)

### **Aufgabenstellung:**

1. Arbeiten sie die unterschiedlichen Positionen zu der Frage heraus, ob die genannten Institutionen der Weltwirtschaft ersetzt oder beibehalten werden sollen.
2. Beurteilen sie aus politischer, wirtschaftlicher und sozialer Perspektive, ob diese Institutionen zur Regelung der Weltwirtschaft benötigt werden.